

# AI-LUXEMBOURG NEWS

MAGAZIN VON AMNESTY INTERNATIONAL LUXEMBOURG

N° 1/2017

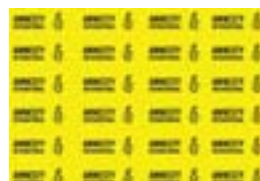


JAHRESBERICHT:  
VON DER WICHTIGKEIT  
DER MOBILISIERUNG DER  
ZIVILBEVÖLKERUNG ANGESICHTS VON  
VERTEUFELUNGSPOLITIKEN

AMNESTY  
INTERNATIONAL



# IN DIESER AUSGABE DER AIL NEWS



## UNSERE NEUIGKEITEN

Entdecken Sie die neuesten Nachrichten über die Aktionen und Kampagnen von Amnesty International Luxembourg **SEITEN 4 UND 5**



## MASSENERHÄNGUNGEN UND – VERNICHTUNG IN SYRIEN

Zwischen 2011 und 2015 wurden im Gefängnis Saidnaja jede Woche bis zu 50 Gefangene aus ihren Zellen herausgeholt und aufgehängt **SEITEN 6 UND 7**



## „VERTEUFELUNGSPOLITIK“ NÄHRT ÄNGST UND SPALTUNG

Jahresbericht von Amnesty International für das Jahr 2016 **SEITEN 8 UND 9**



## FESTIVAL DER MENSCHENRECHTE UND KERZENKAMPAGNE 2016

Ein Rückblick auf die AIL Kampagnen zum Jahresende **SEITE 10**

*COVER FOTO: Eine Demonstrantin wird im Zuge einer Protestaktion zum Tode von Alton Sterling, 37 jähriger Afro-Amerikaner der im Juli 2016 von einem Polizisten in Baton Rouge (Louisiana, USA) erschlagen wurde, von der Polizei verhaftet. © REUTERS/Jonathan Bachman, 9. Juli 2016.*

Koordination : Virginie Magis  
Beiträge: Stan Brabant, Jil Brocker, Josef und Nelly Eirich,  
Marine Perrotey, Carla Vezo.  
Amnesty International Luxembourg  
23, rue des Etats-Unis  
L-1019 Luxembourg  
Tél. : +352481687  
Fax : +352483680  
www.amnesty.lu  
Kontoverbindung : CCPL LU08 1111 0000 3333 0000  
Gedruckt von Imprimerie Centrale. Alle Vervielfältigungsrechte  
vorbehalten.  
5 bis 6 Ausgaben pro Jahr.  
ISSN: 2354-4708

## GUTE NACHRICHTEN : Ein historisches Urteil verhindert die Schließung des Flüchtlingscamps von Dadaab

Der 8. Februar 2017 ist ein historisches Datum für mehr als 250.000 Flüchtlinge, denen eine Zwangsabschiebung nach Somalia drohte, wo sie wahrscheinlich Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden wären. Das Urteil eines Gerichts bekräftigt die Verpflichtung Kenias, verankert in der Verfassung und im internationalen Recht, Menschen zu schützen, die vor Gewalt und Verfolgung zu flüchten suchen.

Der Richter J. M. Mativo bewertet eine Schließung des Flüchtlingscamps durch den Staat als diskriminierend, die einer kollektiven Bestrafung gleich kommen würde. Weiter charakterisierte er das Vorhaben als überzogen, willkürlich und unproportional.

## EDITORIAL

Liebe Mitglieder, liebe  
Aktivisten, liebe Sympathisanten,

Im August 1961 wollte sich eine demokratische Republik mit einem „antifaschistischen Schutzwall“ ausstatten und hielt es für richtig, die traurig berühmte Berliner Mauer zu bauen. Doch der Schutz durch die Mauer war so beschaffen, dass die Grenzsoldaten schließlich systematisch Bürger, einschließlich Frauen und Kinder, die aus dem Land fliehen wollten, erschossen und so offensichtliche Verbrechen gegen die Menschenrechte begingen.

Fast dreißig Jahre nach dem Fall dieser „Schandmauer“ sehen wir in der Europäischen Union und andernorts wieder Mauern „auferstehen“. In den USA nimmt die neue Regierung sowohl gegenüber den Flüchtlingen, den Medien und anderen Nationen eine drohende Haltung ein. Was mit hasserfüllten und frauenfeindlichen Reden anfang, droht nun zum Bau einer „großen Mauer“ an der Grenze zu Mexiko zu führen. Wenn die betreffenden Worte zu Taten werden, müssen wir um unsere Freiheiten und unsere Grundrechte für alle fürchten. Denn die Macht, die der neue Präsident der USA innehat, kann verheerende Wirkungen haben. Vergessen wir aber nicht, dass er schließlich

nur ein Einzelner ist, dessen Aufstieg darauf beruht, dass er Spaltungen zwischen Menschen hervorruft.

Dagegen kann Frieden gefördert werden, indem Menschen und Völker zusammengebracht werden. So konnten etwa durch den Zusammenhalt der Demokratien im Zweiten Weltkrieg die faschistischen Regime besiegt werden. Deshalb ist unser ganzes Team zusammengekommen, um Ihnen, liebe Mitglieder, liebe Aktivisten, liebe Sympathisanten, diese wenigen Worte zu schreiben: Ob gegen Menschenrechtsverletzungen durch die USA, die Entkriminalisierung häuslicher Gewalt in Russland, die Tötung von Bürgern im Rahmen des „Antidrogenkriegs“ auf den Philippinen, die Erhängung von Regimegegnern in Syrien oder den Aufwind für Extremisten, Amnesty International wird weiterhin, mit Ihrer Unterstützung, Menschenrechtsverletzungen anprangern und für eine menschenwürdige Welt eintreten, die das Bewusstsein für Menschlichkeit stärkt. Dazu wollen wir unsere Hand reichen und Verbindungen herstellen. So arbeiten wir im Interesse aller Menschen, zusammen mit Aktivisten und anderen NGOs, für die Grundrechte.

**Der Verwaltungsrat und das  
Team von Amnesty International  
Luxembourg.**

# Unsere Neuigkeiten

Die neuesten Nachrichten und Informationen über die Aktionen und Kampagnen von Amnesty International

## BERICHT ÜBER DIE FINANZIERUNG DES ILLEGALEN WAFFENHANDELS: EIN JAHR SPÄTER



Im Januar 2016 veröffentlichte Amnesty International Luxembourg einen Bericht mit dem Titel „Banks, arms and human rights violations“, der die Finanzierung des illegalen Waffenhandels behandelt. Ein Jahr nach Veröffentlichung dieses Berichts, hat sich trotz unserer Empfehlungen nichts verändert.

Hinter einem jeden Massaker an Zivilisten, mit chemischen Waffen oder Geschützen, ob in Aleppo, in Juba oder in Paris, steht ein weit verzweigtes Netz, das die Herstellung, die Kommerzialisierung und den Transport der Waffen und somit diese Übergriffe erst ermöglichen.

In vielen Ländern schweigt sich aber das Gesetz zu der Frage aus, wie die durch das internationale Recht streng verbotenen Waffen (wie z. B. chemische Waffen oder Treibminen) und die Waffen, die zwar zugelassen sind, aber für schwere Verletzungen des internationalen Rechts oder von Menschenrechten bestimmt sind, finanziert werden. Anhand des Beispiels Luxemburg, als großer Finanzplatz, zeigte Amnesty International Luxembourg die besorgniserregenden Lücken der rechtlichen Regelung für die Banken auf dem Gebiet der

Rüstung auf und forderte von der Regierung, jede finanzielle Betätigung, die mit illegalen oder zu illegalen Zwecken bestimmten Waffen zusammenhängt, strikt zu verbieten und alles Erforderliche zu unternehmen, um die effektive Durchsetzung dieses Verbots sicherzustellen.

Bezüglich den Vorschlägen von Amnesty, die Finanzierung von legalen Waffen im Falle illegaler Verwendung zu untersagen, erklärt die Regierung, sie halte es nicht für erforderlich, eine Vorschrift in das luxemburgische Recht aufzunehmen, wonach die Banken die finanziellen Transaktionen aufzuspüren hätten, die mit der unzulässigen Verwendung bestimmter Waffen zusammenhängen. Es sei zu befürchten, dass eine solche Verpflichtung für das Funktionieren des Finanzplatzes „unnütze und unwirksame administrative Hindernisse“ hervorrufen würde.

Amnesty International Luxembourg ist der gegenteiligen Ansicht, dass ein allgemeines Verbot der Finanzierung illegaler oder zu einer unzulässigen Verwendung bestimmter Waffen eingeführt werden könnte, ohne dass die Finanzinstitute nennenswert stärker belastet würden als durch die schon jetzt für sie geltenden Verpflichtungen. Denn die notwendigen

Kontrollverfahren sind im Prinzip, in den in Luxemburg (und in der übrigen Europäischen Union) ansässigen Unternehmen, aufgrund der Regelung zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, bereits vorhanden. Diese Regelung schreibt bereits vor, die Transaktionen aufzuspüren, die aufgrund von Kriterien wie dem Profil des Kunden, dem Bestimmungsland, der Art der Transaktion usw., mit Risiko behaftet sind. Durch diese Verfahren kann weder der effektive Begünstigte noch die Endverwendung der Waffen den Banken verborgen bleiben, so sind sie in der Praxis also in der Lage, nicht nur die mit Terrorismus, sondern auch die mit unzulässiger Verwendung von Waffen zusammenhängenden Transaktionen aufzuspüren.

Derzeit scheinen wir vor einer Mauer zu stehen. Weder die Staatsgewalt, noch der Finanzsektor lassen irgendeine Bereitschaft erkennen. Ein Jahr nach der Herausgabe unseres Berichts hat sich nichts verändert. Angesichts der steigenden bewaffneten Gewalt auf der Welt, die täglich neue Opfer fordert, hält AIL an seiner Auffassung fest: **Handeln ist dringend geboten.**

Weitere Informationen in dieser Sache: [www.amnesty.lu](http://www.amnesty.lu).

## UNVERHÄLTNISSMÄSSIGE MASSNAHMEN: DIE GEFAHREN DER SICHERHEITSPOLITIKEN IN DEN EU-MITGLIEDSSTAATEN

Nach einer Reihe von Anschlägen – von Paris bis Berlin – haben die europäischen Regierungen eilig eine Mehrzahl von diskriminierenden und unverhältnismäßigen Gesetzen beschlossen, die Europa in einen gefährlichen, permanenten, tief verwurzelten Zustand der Sicherung versetzen könnten.

Angesichts verschiedener terroristischer Anschläge, zu denen es in den letzten Jahren in Europa kam, besteht ein reales, dringendes Bedürfnis für den Schutz der Bürger. Dies rechtfertigt jedoch nicht alle Mittel. Die Maßnahmen zur Terrorbekämpfung haben die Rechtsstaatlichkeit beeinträchtigt, die Kontrolle durch Gerichte aufgehoben, die Meinungsäußerung eingeschränkt und die Bürger der Überwachung durch die Regierungen unterworfen. Die Auswirkungen auf Ausländer und ethnische und religiöse Minderheiten sind besonders ausgeprägt. Nach und nach bröckeln die Mechanismen zum Schutz unserer Rechte als europäische Bürger und lassen so der Diskriminierung und der Ungerechtigkeit größeren Raum.

Mit der steigenden Annahmen, dass Europa einer permanenten Gefahr gegenübersteht, nehmen viele Staaten, als vorübergehend gedachte, Dringlichkeitsmaßnahmen in ihr allgemeines Strafrecht auf.

### IN LUXEMBURG

Solche Entwicklungen lassen sich auch in Luxemburg feststellen. Artikel 32 der Verfassung, der den Notstand regelt, wird zurzeit geändert. Dies ist kein harmloser Vorgang. Dass der Entwurf des luxemburgischen Gesetzes über terroristische Bedrohung, der 2016 angenommen wurde, die Begriffe „Notstand“ und „extremer Notstand“ nicht definiert, ist besorgniserregend, weil so eine Unschärfe fortbesteht.

Der Bericht „Dangerously Disproportionate. The ever-expanding national security state in Europe“ („Gefährlich unverhältnismäßig. Die Nationalstaaten weiten ihre Sicherheitspolitik immer mehr aus.“) stützt sich auf Recherchen in 14 EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Luxemburg. Die französische Fassung finden Sie auf unserer Webseite: [www.amnesty.lu](http://www.amnesty.lu).



In Luxemburg sieht das neue Gesetz das Abhören von Räumen und Fahrzeugen, die Beschlagnehmung von Informationen, die sowohl Verdächtige als auch mit diesen in Kontakt stehende Personen betreffen, sowie die eingehende Überwachung der Telekommunikation und die Beschränkung des Zugangs bestimmter Häftlinge zu einem Anwalt auf 30 Minuten, vor. Das Gesetz räumt der Polizei und den speziellen Sicherheitsdiensten bei einem „Notstand“ oder einem „extremen Notstand“, ohne diese Begriffe genau zu definieren, weitgehende Befugnisse ein. Diese gelten nicht nur permanent, sondern es bedarf für sie auch keiner Ausrufung des Notstands durch die Regierung.

## ZU BESUCH: LEYLA UND ARIF YUNUS IN LUXEMBURG

Beim Abschlussabend des Festivals der Menschenrechte (siehe folgende Seiten) hatte Amnesty International Luxembourg die Ehre, die beiden herausragenden Menschenrechtsverteidiger Leyla und Arif Yunus willkommen zu heißen.

Gemeinsam bemühen sie sich, die Unterdrückung der politischen Gegner durch die aserbajdschanische Regierung anzuprangern. Sie selbst sind wegen ihrer Tätigkeit festgenommen, inhaftiert und gefoltert worden. Durch eine starke internationale Mobilisierung, insbesondere unter den Aktivisten in Luxemburg, wurden sie schließlich freigelassen, wenn auch nicht entschädigt. Doch ihr Kampf geht weiter. Daher legten sie Wert darauf, in Luxemburg Zeugnis abzulegen und über die in ihrem Land grassierende Zensur, politische Gefangene und die Wichtigkeit der Mobilisierung, die Leben retten kann, zu berichten.

Im Januar erfuhr unsere Sektion in letzter Minute davon, dass eine Delegation aus Aserbaidschan auf offizieller Visite in Luxemburg ist. Ohne zu zögern machte sich daraufhin das AIL-Team daran, sich vor der Abgeordnetenkammer aufzustellen, um persönlich die Petitionen für die

beiden politischen Gefangenen Giyas und Beyram aus Aserbaidschan zu übergeben, für die sich die Sektion in den Wochen davor aktiv eingesetzt hatte. Die Gäste schätzten den Empfang durch uns ersichtlich nicht und wiesen unsere Petitionen kalt zurück, ohne mit dem Kammerpräsidenten Mars di Bartolomeo gerechnet zu haben, der sie empfing, um ihnen einige Minuten später die Petitionen auszuhändigen. So sehr uns das freute, werden wir erst dann wirklich gewonnen haben, wenn Giyas und Beyram freigelassen sind.



# “EIN SCHLACHTHAUS FÜR MENSCHEN”: MASSENHINRICHTUNGEN UND –VERNICHTUNGEN IN SYRIEN



**Z**wischen 2011 und 2015 wurden im Saidnaya-Gefängnis jede Woche bis zu 50 Gefangene aus ihren Zellen herausgeholt und aufgehängt. In fünf Jahren wurden so bis zu 13.000 Personen, die meisten von ihnen Zivilisten, die verdächtigt werden sich gegen die Regierung zu stellen, heimlich hingerichtet. Alles deutet darauf hin, dass diese alltäglichen Praktiken bis heute fortgeführt werden.

In seinem Bericht „Ein Schlachthaus für Menschen. Massenhinrichtungen und Vernichtungstaktiken im Syrischen Saidnaya-Gefängnis“ enthüllt Amnesty, dass die Regierung die Gefangenen bewusst unmenschlich behandelt, indem sie sie wiederholt foltert und ihnen systematisch Nahrung, Wasser, Medikamente und medizinische Versorgung vorenthält. Diese Vernichtungspolitik hat den Tod sehr vieler Gefangener verursacht.

Diese Praktiken, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich kommen, werden von der höchsten Ebene der syrischen Regierung autorisiert.

„Die in diesem Bericht dargestellten Gräueltaten zeigen eine verschleierte, abscheuliche und von höchster Ebene der syrischen Regierung gebilligte Kampagne zur Auslöschung jeder Art von Dissidenz innerhalb der syrischen Bevölkerung auf“, erklärte Lynn Maaluf, die

Stellvertretende Recherche-Direktorin im Regionalbüro von Amnesty International in Beirut. „Wir verlangen, dass die syrischen Behörden außergerichtliche Exekutionen, sowie Folter und andere unmenschliche Behandlungen im Gefängnis von Saidnaya, sowie in allen anderen von der Regierung verwalteten Gefängnissen im Land, einstellen. Russland und Iran, die engsten Verbündeten der syrischen Regierung, sollten darauf drängen, die genannten mörderischen Inhaftierungspraktiken zu beenden.“

Bei den bevorstehenden Friedensgesprächen für Syrien in Genf können diese Befunde nicht ignoriert werden. Ein Ende dieser Abscheulichkeiten, in den Gefängnissen des syrischen Staates, muss auf der Tagesordnung stehen. Die UNO sollte unverzüglich eine unabhängige Untersuchung der im Saidnaya-Gefängnis begangenen Verbrechen einleiten und verlangen, dass unabhängige Beobachter zu allen Haftanstalten Zugang erhalten.

Dem Amnesty Bericht zufolge, stellten außergerichtliche Hinrichtungen im Zuge von Massenhängungen eine gängige Praxis im Saidnaya-Gefängnis zwischen 2011 und 2015 dar.

**Ein- bis Zweimal wöchentlich, wurden Gefangene, gruppenweise bis zu 50 Personen, mitten in der Nacht, unter Geheimhaltung, gehängt. Alles zeigt darauf hin, dass diese regelmässigen**

**Praktiken bis heute weitergeführt werden.**

Außerdem wurden zahlreiche Gefangenen im Zuge einer Vernichtungspolitik getötet, welche regelmäßige Folter und den systematischen Entzug von Nahrung, Wasser, Medikamenten und medizinischer Versorgung miteinbezieht. Weiter müssen sich die Gefangenen in Saidnaya einer ganzen Ansammlung von sadistischen und unmenschlichen Vorschriften beugen.

## DIE ROLLE DER FELDGERICHTE

Keiner der im Saidnaya-Gefängnis zum Tod durch den Strang Verurteilten erhält im Entferntesten einen wirklichen Prozess. Vor ihrer Erhängung werden die Opfer einem ein oder zwei Minuten langen flüchtigen Verfahren, vor einem sogenannten Feldgericht, unterzogen. Dies ist so knapp und willkürlich, dass es nicht als Gerichtsprozess angesehen werden kann. Zeugenberichte von ehemaligen Regierungsbeamten, Wärtern, Richtern und Inhaftierten ermöglichten es Amnesty International, sich ein genaues Bild von der grotesken Prozedur zu machen, die zur Erhängung führt.

So erklärt der ehemalige Richter eines syrischen Militärgerichts, dass das „Gericht“ seine Tätigkeit außerhalb der Regeln des syrischen Rechtssystems vollziehe. „Der Richter fragt den Häftling, wie er heißt und ob er die Straftat begangen hat. Egal, ob er mit Ja oder

Nein antwortet, er wird für schuldig befunden ... Dieses Gericht hat nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Es ist kein Gericht“ sagte er.

Die Urteile des sogenannten Gerichts beruhen auf falschen, vom Häftling unter Folter erzwungenen „Geständnissen“. Die Häftlinge können weder einen Anwalt konsultieren, noch haben sie Gelegenheit sich zu verteidigen – die meisten hat man zwangsweise verschwinden lassen, sie werden heimlich festgehalten und von der Außenwelt abgeschnitten. Die zum Tod Verurteilten erfahren erst Minuten vor ihrer Erhängung von dem Urteil.

## MASSENERHÄNGUNGEN

Die Erhängungen in Saidnaya werden ein- oder zweimal in der Woche, gewöhnlich montags und mittwochs, mitten in der Nacht vollzogen. Denen, die aufgerufen werden, wird gesagt, dass sie in ein syrisches Zivilgefängnis verlegt würden. Stattdessen werden sie in eine Zelle im Untergeschoss des Gefängnisses gebracht und dort heftig verprügelt. Dann werden sie in ein anderes Gebäude, innerhalb Saidnayas, gebracht, wo sie aufgehängt werden. Während des ganzen Vorgangs sind den Opfern die Augen verbunden. Erst wenn ihnen die Schlinge um den Hals gelegt wird, können sie erkennen, dass und wie sie nun sterben werden.

**„Sie ließen sie dort 10 bis 15 Minuten lang hängen. Manche starben nicht, weil sie zu leicht waren. Insbesondere die jungen Gefangenen. Die Gehilfen ziehen sie dann herunter und brechen ihnen das Genick“**

sagte ein ehemaliger Richter, der bei den Erhängungen anwesend war. Die auf den über dem „Hinrichtungsraum“ liegenden Stockwerken inhaftierten Häftlinge, berichteten, wie sie manchmal die Geräusche der Erhängungen mithören mussten. „Wenn man mit einem Ohr am Fußboden horchte, konnte man so etwas wie ein Gurgeln hören. Es dauerte ungefähr 10 Minuten ... Wir schliefen über Menschen, die dabei waren zu sterben. Das erschien mir damals normal zu sein“, sagte „Hamid“, ein 2011 verhafteter, ehemaliger Offizier. Bis zu 50 Personen können in einer Nacht

erhängt werden. Die Leichen der Opfer werden lastwagenweise abtransportiert und heimlich in Massengräbern verscharrt. Ihre Angehörigen werden nicht über ihr Schicksal unterrichtet.

## VERNICHTUNGSPOLITIK

Die Opfer von Saidnaya liefern Berichte über das Leben in dieser Haftanstalt, bei denen es einem kalt über den Rücken läuft. Sie beschwören eine Welt herauf, die darauf angelegt ist, ihre Gefangenen zu demütigen, herabzuwürdigen, krank zu machen, hungern zu lassen und letztlich zu töten.

Diese erschütternden Berichte haben Amnesty International zu der Schlussfolgerung geführt, dass das Leiden und die entsetzlichen Verhältnisse in Saidnaya den Gefangenen, im Zuge einer Vernichtungspolitik, absichtlich auferlegt werden.

Viele Gefangene haben erklärt, dass sie vergewaltigt oder sogar zum Vergewaltigen anderer Gefangener gezwungen worden seien. Folter und Schläge werden regelmäßig als eine Art der Bestrafung oder der Demütigung eingesetzt und führen oft zu lebenslangen Schäden, zu Behinderung oder gar zum Tod. Der Boden der Zellen ist mit Blut und Eiter aus den Wunden der Gefangenen bedeckt. Jeden Morgen um etwa 9h werden die Leichen verstorbener Häftlinge zusammengetragen.

„Jeden Tag starben in unserem Flügel zwei oder drei Personen ... Ich kann mich erinnern, dass der Wärter zu fragen pflegte, wie viele wir hätten. Er sagte immer: „Zelle 1 – wie viele? Zelle 2 – wie viele?“ und so weiter ... Einmal gingen die Wärter von einer Zelle zur anderen und schlugen uns auf Kopf, Brust und Genick. An jenem Tag starben in unserem Flügel 13 Personen“, sagte „Nader“, ein ehemaliger Saidnaya-Häftling. Immer wieder werden Nahrung und Wasser

gestrichen. Wenn die Wärter Essen bringen, schütten sie es oft auf den Boden, wo es sich mit dem Blut und dem Schmutz vermischt. Die Wenigen, die Saidnaya verlassen können, wiegen oft nur halb so viel wie bei ihrer Ankunft.

Außerdem herrschen in Saidnaya eine Reihe von „Sondervorschriften“. Die Gefangenen dürfen keine Geräusche machen, nicht sprechen oder auch nur flüstern. Wenn Wärter ihre Zelle betreten, müssen sie eine bestimmte Haltung einnehmen, und schon das Anblicken eines Wärters, kann sie das Leben kosten.

Die internationale Gemeinschaft, insbesondere der UNO-Sicherheitsrat, muss unverzüglich und dringend handeln, um dieses Leiden zu beenden. Der UNO-Sicherheitsrat muss eine resolute Entscheidung treffen. Er kann seine Augen nicht vor diesen schrecklichen Verbrechen verschließen und muss, durch einen Beschluss, von der syrischen Regierung verlangen, dass sie die Tore ihrer Gefängnisse für internationale Beobachter öffnet. Der UNO-Menschenrechtsrat muss unverzüglich eine Untersuchung dieser schweren Verletzungen des internationalen Rechts einleiten.

Die kaltblütige Tötung tausender wehrloser Gefangener, in Verbindung mit ausgefeilten systematischen Programmen für seelische und körperliche Folter, die zurzeit im syrischen Saidnaya-Gefängnis bestehen, darf nicht weiter zugelassen werden. Die für diese abscheulichen Verbrechen verantwortlichen Personen müssen vor Gericht gestellt werden.

**Setzen Sie sich für ein Ende der Abscheulichkeiten in den syrischen Gefängnissen ein, indem sie die Petition unter [www.amnesty.lu](http://www.amnesty.lu) unterschreiben.**

Satellitenbild vom Friedhof in Saidnaya, am 3. März 2010



Satellitenbild vom Friedhof in Saidnaya, am 18. September 2016





# „VERTEUFELUNGSPOLITIK“ NÄHRT ANGST UND SPALTUNG

Belgische Polizisten in Kampfausrüstung marschieren in Richtung Molenbeek in Brüssel, Belgien, 2. April 2016 © REUTERS/Yves Herman

**P**olitiker, die mit schädlichen und entmenslichenden Reden dafür eintreten, „Fremde“ zurückzuweisen, schaffen eine gesplante und gefährliche Welt.

Davor warnte Amnesty International bei Herausgabe seines Jahresberichts mit dem Titel «Die Menschenrechtslage auf der Welt». Dieser Bericht behandelt 159 Länder und bietet eine denkbar umfassende Analyse der Grundrechtssituation auf der Erde. Er warnt vor den Folgen der in Europa, den USA und andernorts vorherrschenden Reden die das „Fremde“ zurückweisen. Denn diese Äußerungen führen dazu, dass die Menschenrechte weltweit immer mehr in den Hintergrund treten und dass die internationale Gemeinschaft bedenklich nachlässig auf die massenhaft auftretenden Gräueltaten reagiert.

„2016 hat die zynische Verwendung solcher Reden, die alle Schuld den „Fremden“ zuschiebt und Angst und Hass verbreiten, ein seit den 30er-Jahren nicht mehr gekanntes Ausmaß erreicht. Allzu viele Politiker versuchen die Wähler irrezuleiten, indem sie auf deren legitime Befürchtungen gegenüber der wirtschaftlichen Lage und ihrer Sicherheit mit einer Manipulation der Identitätspolitik reagieren, die eine Spaltung hervorzurufen vermag“, erklärt Salil Shetty, der Generalsekretär von Amnesty International.

Die polarisierenden Reden derer, die ein Geschäft mit der Angst machen, sind zu einer gefährlichen Kraft in internationalen Dingen geworden. Donald Trump, Viktor Orbán, Recep Tayyip Erdoğan, Rodrigo Duterte ... immer mehr Politiker, die sich systemfeindlich geben, befürworten schädliche Programme zu Lasten ganzer Bevölkerungsgruppen, erklären diese zu Sündenböcken und entmenslichen sie.

Die derzeitige Politik der Verteufelung verbreitet auf schändliche Weise den gefährlichen Gedanken, dass bestimmte Personen weniger

menschlich sind als andere, spricht ihnen ihre Menschlichkeit ab und droht die niedersten Instinkte des Menschen freizusetzen.

## VERTEUFELUNGSPOLITIK ALS URSPRUNG FÜR EIN WELTWEITES ZURÜCKTRETEN DER MENSCHENRECHTE

Die Auswirkungen dieser Äußerungen auf Politik und staatliches Handeln sind immer stärker zu spüren. 2016 haben die Regierungen die Augen vor Kriegsverbrechen verschlossen, Verträge geschlossen die das Asylrecht schwächen, die Meinungsfreiheit missachtende Gesetze erlassen, zur Ermordung von Personen, die nur des Drogenkonsums beschuldigt wurden, angestachelt, Folter und Massenüberwachung gerechtfertigt und die schon drakonischen Befugnisse der Polizei ausgeweitet.

Einige von ihnen haben auch die Flüchtlinge und die Migranten – leicht als Sündenböcke zu missbrauchen – attackiert. Der Jahresbericht von Amnesty International zeigt auf, dass 36 Länder gegen das internationale Recht verstoßen haben, indem sie rechtswidrig Flüchtlinge in Länder zurückgesendet haben, in denen ihre Rechte bedroht sind.

Jüngst setzte Präsident Donald Trump seine hasserfüllten, fremdenfeindlichen Äußerungen aus dem Wahlkampf durch Unterzeichnung einer Verfügung um, die Flüchtlinge daran hindern sollte, sich in den USA niederzulassen – und entzog so denen die Möglichkeit, im Land Zuflucht zu finden, die vor Konflikten und Verfolgungen in vom Krieg heimgesuchten Ländern, wie z. B. Syrien, fliehen.

2016 sind diese höchst schädlichen Formen von Entmenslichung weltweit zu einer dominierenden Kraft in der alltäglichen Politik geworden. Die Grenzen des Akzeptablen haben sich verschoben. Politiker rechtfertigen

aktiv und ohne Schamgefühl auf die Identität gestützte, hasserfüllte Arten von Politik und Äußerungen wie Frauenhass, Rassismus und Homophobie.

Die ersten Angriffsziele dieser Tendenz waren die Flüchtlinge, aber sollte sie sich 2017 fortsetzen, werden sicherlich auch andere ins Visier geraten. Aus ihr ergibt sich eine Vervielfachung der Angriffe auf ethnische Herkunft, Gender, Nationalität und Religion. Sobald man den Nächsten nicht mehr als Menschen ansieht, der dieselben Rechte wie man selbst hat, nähert man sich dem Abgrund.

## EINE WELT, DIE DIE AUGEN VOR DEN GRÄUELSTATEN VERSCHLIESST

Amnesty International legt Wert darauf davor zu warnen, dass sich die gegenwärtigen Krisen 2017 noch weiter verschärfen werden, da es auf der chaotischen internationalen Bühne am politischen Willen auf dem Gebiet der Menschenrechte fehlt. Denn die Politik der Zurückweisung der „Fremden“ tritt auch auf der internationalen Ebene zutage, auf der der Multilateralismus einer höchst aggressiven und konfliktbeladenen Weltordnung weicht.

„Die führenden Weltpolitiker haben nicht den politischen Willen, Druck auf die Staaten auszuüben, die die Menschenrechte verletzen, was eine Reihe von Grundprinzipien, vom Anspruch auf Asyl bis zu der Pflicht, Rechenschaft über die massenhaft auftretenden Gräueltaten abzulegen, infrage stellt“, erklärt Salil Shetty.

Die internationale Gemeinschaft hat schon 2016 mit bedrückendem Schweigen auf unzählige Gräueltaten reagiert: eine Flut von Abscheulichkeiten in Aleppo, Tausende von Tötungen durch die Polizei im Rahmen des „Kriegs gegen die Drogen“ auf den Philippinen, der Einsatz chemischer Waffen und Hunderte von niedergebrannten Dörfern in Darfur usw. Die große Frage, die sich im Jahr 2017 stellt, lautet: Wie weit sollen diese Gräueltaten noch gehen, bevor die Welt sich entscheidet einzugreifen?

## WER SOLL DIE MENSCHENRECHTE VERTEIDIGEN?

Amnesty International ruft alle Welt dazu auf, sich den zynischen Bestrebungen zu widersetzen, durch die die seit Langem garantierten Menschenrechte im Austausch gegen ein vages Versprechen von Wohlstand und Sicherheit zurückgedrängt werden sollen.

Sein Bericht unterstreicht, wie wichtig weltweite Solidarität und die Mobilisierung der Allgemeinheit für die Verteidigung all Jener sind, die den Behörden entgegentreten und für die Menschenrechte kämpfen – und die von Regierungen oft als Hindernisse für wirtschaftlichen Fortschritt, Sicherheit oder andere Prioritäten hingestellt werden.

„Wir können nicht darauf warten, dass die Regierungen die Menschenrechte verteidigen, wir müssen handeln. Selten war es so offensichtlich, dass wir alle angesichts der Tatsache, dass Politiker immer mehr dazu tendieren, ganze Bevölkerungsgruppen zu verteufeln, auf der ganzen Welt für die Grundwerte, nämlich Menschenwürde und gleiche Rechte, kämpfen müssen“, erklärt Salil Shetty.

**Jeder von uns muss von seiner Regierung verlangen, dass sie all ihre Befugnisse und ihren ganzen Einfluss dafür einsetzt, die Urheber von Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. In anderen dunklen Zeiten der Geschichte haben Menschen durch ihren Einsatz für Veränderung gesorgt, seien es nun die Verteidiger der Bürgerrechte in den USA, die Antipartheidkämpfer in Südafrika oder Mitglieder der Bewegungen zur Verteidigung der Rechte der Frauen und der LGBTI-Gemeinschaft auf der ganzen Welt. Wir alle sind dazu angehalten, heute die Herausforderung anzunehmen!**



## DAS ERSTE FESTIVAL DER MENSCHENRECHTE IN LUXEMBURG

**P**arallel zur traditionellen Kerzenkampagne veranstaltete unsere Sektion das erste Festival der Menschenrechte in Luxemburg.

Das Ziel war einfach: mehr Bewohner des Großherzogtums für die Menschenrechte zu mobilisieren, denn erst dadurch kann eine echte Auswirkung auf das Leben derer erreicht werden, deren Menschenrechte verletzt werden. Während des gesamten Festivals konnte sich das Publikum für 10 Personen mit sehr unterschiedlicher Vorgeschichte einsetzen. Ihre traurige Gemeinsamkeit: ihre Rechte werden nicht respektiert. Im Iran, in der Türkei, Kanada, Kamerun oder Aserbaidschan, in Peru oder auch in Malawi zum Tod verurteilt, schikaniert, zu Unrecht verurteilt, sie alle, Eren, die Bewohner des Peace River Valley, Ivo, Giyas, Bayram und Annie sowie viele andere, konnten sich auf den Beistand von über 1.000 von Ihnen verlassen!

Das Festival umfasste eine Reihe verschiedenster Veranstaltungen, von einer Vorführung mit Diskussion über Fotojournalismus, über einen Abend mit Improvisationstheater, einen DJ-Abend in den Rotondes, oder auch die ergreifende Begegnung mit Leyla und Arif Yunus, den herausragenden Menschenrechtsverteidigern aus dem Aserbaidschan, bis hin zu einer Ausstellung des chinesischen Künstlers Ai Weiwei auf dem Knuedler. Eines der Highlights dieses ersten Festivals der Menschenrechte war die Einführung des „Amnesty Medienpreises“.



Der Gewinner dieses erstmals verliehenen Preises ist kein anderer als Frédéric Braun, der die Stimmen der Jury für seinen Artikel „Le mystérieux suicide du „pédé“ sans vie“ (Der mysteriöse Suizid des «Schwulen» ohne Leben) erhielt.

Dank an Alle, die dieses erste Festival ermöglicht haben, und an Diejenigen, sich mobilisiert haben um Leben zu retten.

## KERZENKAMPAGNE 2016

Wie jedes Jahr führte unsere Sektion ihre traditionelle Kerzenkampagne durch. Mit dem Geld, das durch den Kerzenverkauf zusammenkommt, werden direkt unsere Aktionen in Luxemburg und weltweit zur Förderung der Menschenrechte und für den Schutz derer, die sie verteidigen, finanziert. Dank der Hilfe der Freiwilligen, die in ihrem Umfeld oder an den Ständen Kerzen verkauften, sowie dank den kleinen Geschäften und den Schulen (inkl. Lyzeen) konnten (ohne den Verkauf in Apotheken) 8.615 Kerzen verkauft werden. Dank an alle, die dabei waren, um unsere Kerzenkampagne zum Erfolg zu führen!

## DIE KERZENKAMPAGNE IN ZAHLEN

- 35 in Luxemburg teilnehmende Apotheken
- 110 eingegangene Bestellungen
- 97 Kerzenverkaufsstellen, darunter 28 Schulen
- 11 Verkaufsstände
- 19 freiwillige Helfer an den Ständen
- 8.615 verkaufte Kerzen (ohne Berücksichtigung des Verkaufs in den Apotheken)

## TEILNAHME DER JUGENDLICHEN

Traditionsgemäß meldeten sich auch dieses Jahr Schulen für die Kerzenkampagne zur Stelle. Insgesamt beteiligten sich 28 Grund- und Sekundarschulen am Kerzenverkauf und setzten sich für 10 in Gefahr befindliche Personen ein. Vonseiten der Lehrkräfte wurde AIL um 17 Workshops und um 5 andere Schulprojekte ersucht, bei denen die Jugendlichen 223 Solidaritätskarten zusammenbrachten. Auch die jungen Leute von unseren 5 Schulgruppen waren sehr aktiv und holten nicht weniger als 715 Unterschriften unter Petitionen und Briefe an Behörden ein.

## FRAGEN VON SPENDERN

### WARUM HABE ICH KEINE SPENDENBESCHEINIGUNG FÜR DIE STEUER ERHALTEN?

Sie möchten die Absetzung von der Steuer für Ihre Spenden In Anspruch nehmen, haben aber noch keine Spendenbescheinigung erhalten?

Normalerweise schicken wir Ihnen, nur per Post, einmal im Jahr die Bescheinigung über Ihre Spenden im vorangegangenen Jahr. Sie hätten so im Januar 2017 eine Bescheinigung über Ihre Spenden im Jahr 2016 erhalten sollen. Vielleicht hat sich aber, wenn Sie sie nicht bekommen haben, Ihre Anschrift geändert, ohne dass wir davon wissen. Wegen eines Duplikats können Sie sich per Telefon (+352) 48 16 87 oder per E-Mail unter e-mail@amnesty.lu an uns wenden.

Bitte denken Sie daran, dass, selbst wenn Sie AIL-Mitglied sind, Ihr Beitrag (30€ oder – bei Ermäßigung – 10€) nicht absetzbar, und deshalb in der Spendenbescheinigung nicht berücksichtigt wird.